

# EinBlick – der Newsletter

Ausgabe 53, September 2018

*Liebe Leserin, lieber Leser,*

die Sommerpause ist beendet, zurück ans Werk. In Zeiten der Haushaltssicherung hatte der Kreistag seinerzeit beschlossen, Stellen in der Kreisverwaltung zu streichen und so durch die Verwaltung auch einen Einsparbeitrag leisten zu lassen. In den letzten Jahren hat sich aber das Aufgabenspektrum in der Verwaltung drastisch erhöht: So haben beispielsweise die Bedarfe im Sozialbereich drastisch zugenommen, die Fälle müssen bearbeitet werden, zusätzliches Personal ist von Nöten. Bleibt man bei den Beschlüssen zur Einsparung oder ändert man die Prioritäten? All das sind Fragen, die uns in der Kreispolitik umtreiben und auch die Kreisverwaltung, mit Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) an der Spitze, hat sich dazu Gedanken gemacht. Nur ein Thema auf der September-Sitzung des Kreistages – wie gewohnt im Detail mehr auf den folgenden Seiten.

Stichwort Kommunalwahl 2019: Was ist Ihnen wichtig? Was sollte im Wahlprogramm der LINKEN stehen? Wo glauben Sie, muss etwas in Teltow-Fläming verbessert und/ oder geändert werden? Und überhaupt: Haben Sie, ja Sie!, schon einmal darüber nachgedacht, selbst linke Politik mitzugestalten? Wie gesagt, im Mai 2019 sind die Kommunalwahlen in Brandenburg. Bringen Sie sich ein, [sprechen Sie uns an](#). Wir sind offen für neue Ideen und immer erfreut über Mitstreiterinnen und Mitstreiter – auch ohne Mitgliedschaft in der Partei DIE LINKE.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN Teltow-Fläming wünscht eine informative Lektüre.

*PS: Wünschen Sie Kontakt zu uns? Wie, erfahren Sie auf der letzten Seite im Impressum.*



*(v.l.n.r.): Landrätin Kornelia Wehlan, Felix Thier, Maritta Böttcher, Jörg Martin Bächmann, Hans-Jürgen Akuloff, Roland Scharp, Annekathrin Loy, Mandy Werner, Dr. Irene Pacholik, Heike Kühne, Dirk Hohlfeld, Erste Beigeordnete Kirsten Gurske und Peter Dunkel. (Hartmut Rex fehlt auf dem Foto.)*

### Einwohnerfragestunde

▶ In dieser Kreistagssitzung meldete sich mit Frau Radestock erneut eine Elternvertreterin von der Kindertagespflege in Gebersdorf (Dahme/ Mark), um auf die dortige Situation aufmerksam zu machen. Anlass war jetzt ein Brief von Bildungsministerin Ernst (SPD) an die Einrichtung in Gebersdorf, in dem Optionen für die Regelungen zur Kindertagespflege aufgezeigt wurden. Daher hatte nun die Kreisverwaltung im Ministerium explizit mit Blick auf genau diesen Brief nachgehakt. Denn wenn von Seiten des Ministeriums abgesichert und schriftlich ein eindeutiges OK käme, hätte man über die Anpassung der Richtlinie zur Kindertagespflege beraten können. Der Brief aus dem Ministerium war allerdings nicht so eindeutig, wie man es sich gern gewünscht hätte. Kurzum: es existieren unterschiedliche Auffassungen zu den Optionen und Ausgestaltungsmöglichkeiten. Der Jugendhilfeausschuss wird sich daher auf seiner Sitzung am 26. September erneut mit dem Thema befassen.

---

### Mitteilungen des Kreistagsvorsitzenden

- ▶ Kreistagsvorsitzender Dr. Kalinka informierte, dass sich die Kreistagsfraktion „Freie Wähler ALLIANZ“ aufgelöst habe, da nicht mehr genug Kreistagsmitglieder die Fraktion bilden wollten.
  - ▶ Als neue Fraktion wurde „BVB Freie Wähler/ Plan B“ gegründet.
  - ▶ Dirk Steinhausen hat die CDU-Fraktion verlassen und nun mit weiteren Kreistagsmitgliedern die Gruppe „Freie Wähler/ Wir für Teltow-Fläming“ gebildet.
  - ▶ Mit Blick auf die neuen Fraktionen und den Sitzverlust in den eigenen Reihen hat die CDU-Fraktion die Neuverteilung der Gremiensitze, also Ausschüsse etc., beantragt. Der Kreistag wird sich damit daher auf seiner nächsten Sitzung befassen.
  - ▶ Die Materialprüfungsanstalt des Bundes (BAM) hat eine Liegenschaft bzw. Testgelände in Horstwalde bei Baruth/ Mark in unserem Landkreis. Für den 29. September lädt die BAM die Bürgerinnen und Bürger ab 11 Uhr zu einem Tag der offenen Tür ein.
- 

### Mitteilungen der Landrätin



Kornelia Wehlan

Foto: Landkreis Teltow-Fläming

- ▶ Landrätin Kornelia Wehlan ließ unter diesem Tagesordnungspunkt den Beigeordneten Ferdinand (CDU) den momentanen Sachstand zur Schülerbeförderungssatzung erläutern. Hintergrund waren aktuelle Presseberichte zu dem Thema mit Blick auf die Entfernungsgrenzen zwischen Wohnort und Schule. Nur wenn diese nämlich überschritten werden, finanziert der Landkreis die Schülerbeförderung für das jeweilige Kind. Für Kinder in der Grundschule liegt diese

Grenze bei zwei Kilometern, in der Sekundarstufe I bei vier Kilometern, in der Sekundarstufe II bei sechs Kilometern.

In den 1990er Jahren war die Schülerbeförderung Aufgabe des Landes. Die damalige Landesregierung hat diese Aufgabe aber 1997 den Landkreisen übertragen und diesen dann frei gestellt, wie die Gegenfinanzierung ausgestaltet werden kann. Etliche Landkreise erheben seitdem von den Eltern Beiträge, Teltow-Fläming tut dies nicht. Hintergrund war ein im Jahr 2008 auf Antrag der LINKEN gefasster Beschluss, die Beförderung kostenfrei zu gewähren. Betont sei an dieser Stelle, dass es sich dabei um eine sogenannte freiwillige Leistung des Landkreises handelt, er dies also eigentlich nur nach guter Kassenlage anbieten kann. Seinerzeit führte man auch die besagten Entfernungsgrenzen ein.

Im Vortrag vom Beigeordneten Ferdinand (CDU) wurde betont, dass die Eltern mit Blick auf die gesetzlich verankerte Schulpflicht die Bringschuld haben, ihr Kind in die Bildungseinrichtung zu bringen. Sprich, die Eltern dafür verantwortlich sind, dass ihr Kind die Schule erreicht. Ebenso wurde im Vortrag ausgeführt, dass der Landkreis für das laufende Jahr 2018 bei der Schülerbeförderung 4,4 Mio. Euro im Haushalt eingeplant hat.

---

## Stellenplan für das Haushaltsjahr 2019

► „Seit dem Haushaltsjahr 2017 befindet sich der Landkreis Teltow-Fläming nicht mehr in der Haushaltssicherung. Dies ist dem konsequenten Konsolidierungsweg der Vorjahre, aber auch den verbesserten Rahmenbedingungen zu verdanken. Die Maßnahmen der zurückliegenden Jahre beinhalteten neben einer allgemeinen Standardabsenkung im Aufgabenvollzug auch eine zum Teil schmerzhafteste Personalpolitik. Im Rahmen eines ausgeglichenen Haushalts gilt es an der weiteren Umsetzung des Leitbildes zu arbeiten. Die Verwaltung ist, wie im Leitbild verankert, den Bürgerinnen und Bürgern als Dienstleister verpflichtet. Um diesem Auftrag auch in Zukunft gerecht zu werden, ist es erforderlich, langfristig gut ausgebildetes Personal zu binden. Auch die demografische Entwicklung erfordert zahlreiche Anstrengungen im Ringen um gutes Personal für die Zukunft. Nach aktueller Prognose scheidet bis zum Ende des Jahres 2027 altersbedingt insgesamt 244 Beschäftigte aus dem Dienst aus. Das sind rund 28% der heutigen Belegschaft. Aus diesem Grund müssen alle Anstrengungen in die Personalgewinnung und -bindung gesetzt werden. (...)

Die [Informationsvorlage „Herangehensweise bei der Aufstellung des Stellenplanes des Landkreises Teltow-Fläming“](#) wird dem Kreistag zum dritten Mal in Folge übergeben. Ziel ist es vor der Einbringung des jährlichen Stellenplans offen und transparent über die Aufgaben, Fallzahlen und Standardentwicklungen zu berichten und diese darzulegen. Es ist vorgesehen, dass der Haushaltsplan am 22. Oktober 2018 in den Kreistag eingebracht wird. Die Beschlussfassung soll am 10. Dezember 2018 erfolgen. (...)(*Auszug aus dem Sachverhalt der Vorlage*)

Der Kreistag nahm diese Informationsvorlage zur Kenntnis.

---

## Positionspapier zu Aufgaben, Strukturen und Wege für eine gemeinsame Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Umfeld des BER

► Der Landtag Brandenburg hat die Landesregierung aufgefordert, „in Abstimmung mit den

betroffenen kommunalen Akteuren und der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB) die Entwicklung des Flughafenumfeldes am BER weiter voranzutreiben.“.

Dazu finden verschiedene Diskussionen mit unterschiedlichen Akteuren und Arbeitsgremien statt. Für die Verwaltungen der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming stand außer Frage, sich in diesen Arbeitsprozess aktiv einzubringen und diesen zu befördern. In Vorbereitung der Sitzung der „Task Force Flughafenumfeldentwicklung“ bei der Landesregierung entstand dazu kurzfristig ein Arbeitspapier „Aufgaben, Strukturen und Wege für eine gemeinsame Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt im Umfeld des BER“.

Der aktuelle Sachstand war Gegenstand einer [Informationsvorlage](#), die der Kreistag ebenso zur Kenntnis bekam.

---

## Petition zur Einrichtung eines OParl-Endpunktes im System des derzeitigen Sitzungsinformationssdienstes

► Der Petent führt aus, dass die Bereitstellung im OParl-Standard eine automatisierte Weiterverarbeitung der Sitzungsinformationen ermögliche. Das würde den Zugang zu Informationen erleichtern - beispielsweise für Mandatsträger, interessiertes Publikum, die Presse, wissenschaftliche Forschung oder Menschen mit Behinderungen.

Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) hat dazu dem Kreistag eine sehr ausführliche Stellungnahme zugeleitet: „(...) Transparenz wird vom Kreistag positiv bewertet. Es müsste jedoch ein deutlicher Mehrwert mit der Einrichtung eines OParl-Endpunktes verbunden sein, um den damit verbundenen finanziellen und personellen Aufwand zu rechtfertigen. Dieser Mehrwert zeichnet sich gegenwärtig noch nicht einmal ansatzweise ab, weil einfach zu wenige Kommunen einen OParl-Endpunkt anbieten.

Der Landkreis Teltow-Fläming hat bei zehn Kommunen im Land Brandenburg zu dieser Thematik nachgefragt, sechs Kommunen haben geantwortet. Keine dieser Kommunen setzt derzeit einen OParl-Endpunkt ein. (...)

Der Mehrwert für die Abgeordneten des Kreistages hält sich folglich ebenfalls in Grenzen, denn über den OParl-Endpunkt könnten ohnehin nur die öffentlich zugänglichen Ratsinformationen zur Verfügung gestellt werden. (...)

Der Landkreis Teltow-Fläming verwendet das Ratsinformationssystem (RIS) Session-Net der Firma SAMACOS. Über das Bürger-Informationssystem des Kreistages haben interessierte Bürger und Bürgerinnen jederzeit und von überall aus Zugriff auf wichtige Dokumente, Informationen, Beschlüsse und Termine der verschiedenen Gremien des Landkreises.

Das Programm Session-Net könnte mit einer OParl-Schnittstelle erweitert werden, die gleichzeitig als OParl-Endpunkt fungieren würde. Die Kosten hierfür betragen insgesamt 1.790 Euro. Nach Auskunft des RIS-Herstellers kann ein OParl-Endpunkt jedoch nur mit der ASP-Version von Session-Net eingerichtet werden. Der Wechsel zur ASP-Version würde wiederum einen Wechsel des betreffenden Webservers erforderlich machen, nämlich von Linux nach Windows. Allein für den Wechsel des Webservers (inkl. Betriebssystem) werden die Kosten auf 3.000 Euro geschätzt.

Da diese Konstellation nicht in die bestehende IT-Infrastruktur passt, ist mit einem nicht unerheblichen zusätzlichen Arbeitsaufwand zu rechnen, der sich gegenwärtig noch nicht ab-

schätzen lässt. Es gibt keine personellen Ressourcen für die Betreuung eines zusätzlichen Systems. Darüber hinaus entsteht zusätzlicher Arbeitsaufwand für die erforderliche Überarbeitung des Verarbeitungsverzeichnisses (Datenschutz) und des IT-Sicherheitskonzeptes. Zum Thema Windows-Webserver ist im Fachbereich nur begrenztes Know-How vorhanden. Die Beschäftigten müssten sich also erst durch kostenpflichtige und kostenintensive Fortbildungen umfangreiches Fachwissen aneignen und vertiefen. So wird ein entsprechender dreitägiger Lehrgang beispielsweise für 1.500 Euro pro Person angeboten.

Fasst man die bereits ermittelten Kosten zusammen, beträgt der finanzielle Aufwand mindestens 8.000 Euro. Darin enthalten sind weder die Kosten für zusätzliches Fachpersonal noch für den damit verbundenen zusätzlichen Arbeitsaufwand.

Die Aussage des Petenten: die Einrichtung eines OParl-Endpunktes ...“ließe sich ... mit geringem Ressourcenaufwand und trivialen Mitteln innerhalb weniger Wochen umsetzen“ ist schlicht nicht haltbar. Diese Forderung ist dem Grundsatz der sparsamen Mittelverwendung folgend auch aus diesem Grund als unverhältnismäßig anzusehen.

Fazit: Das Einrichten eines OParl-Endpunktes ist prinzipiell möglich, derzeit aber ohne jeden Mehrwert und deshalb unverhältnismäßig.“ (*Auszug aus dem Sachverhalt der Beschlussvorlage*)

Der Kreistag schloss sich der Empfehlung zur Ablehnung der Petition einstimmig, bei zwei Enthaltungen, an, DIE LINKE stimmte geschlossen gegen die Petition. Die Details zu diesem Beratungspunkt finden sich [hier](#).

---

## Petition: Veröffentlichung von XBRL-Datensätzen aus den Steuererklärungen öffentlicher Unternehmen des Landkreises

► Der gleiche Petent fordert in dieser Petition die Veröffentlichung von XBRL-Datensätzen aus den Steuererklärungen öffentlicher Unternehmen des Landkreises. In den weiteren Ausführungen wird angeregt, zum einen

a) Die im Rahmen der Steuererklärungen der öffentlichen Unternehmen des Landkreises anfallenden XBRL-Datensätze allgemein zugänglich zu veröffentlichen,

zum anderen

b) den Haushalt und den Rechnungsabschluss des Landkreises als XBRL-Datensätze zu veröffentlichen.

Auch hier hat Landrätin Kornelia Wehlan (DIE LINKE) eine klare und schlüssig nachvollziehbare Begründung für ihre Beschlussempfehlung auf Ablehnung verfasst: „Der Petition ist weder aus gesellschaftsrechtlichen noch steuer- oder haushaltsrechtlichen Gründen nachzugehen.

Zu a)

Die Petentin geht bei ihrer Anregung davon aus, dass kommunale Unternehmen Steuererklärungen im Wege der sog. E-Bilanz seit dem Jahre 2011 abgeben müssen und hierzu – zwingend – einen XBRL-Datensatz erstellen.

Diese Annahme trifft weder tatsächlich zu, noch ist sie rechtlich verbindlich geregelt.

Bei der sog. „E-Bilanz“ handelt es sich nicht um eine Steuererklärung, sondern um eine Bilanz, deren Übermittlung, ebenso wie die Übermittlung der Gewinn- und Verlustrechnung, nach § 5

b Einkommenssteuergesetz durch Datenfernübertragung an die Finanzbehörden vorzunehmen ist. Nach § 5 b Einkommenssteuergesetz gilt dies für Unternehmen, die ihren Gewinn nach § 4 Abs. 1 Einkommenssteuergesetz durch Betriebsvermögensvergleich ermitteln. Betroffen von dieser Übermittlungspflicht sind alle Unternehmungen, die aufgrund gesetzlicher Regelungen eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung aufzustellen haben oder dies freiwillig tun. Dies gilt auch für die Unternehmungen in der Rechtsform der GmbH, an denen der Landkreis beteiligt ist, jedoch nicht für den Eigenbetrieb Rettungsdienst. Den kommunalen Unternehmen des Landkreises liegen nach den Recherchen des Beteiligungsmanagements die XBRL-Datensätze im Zusammenhang mit der Übermittlung der E-Bilanz nur teilweise zum direkten Zugriff vor. Zum Teil befinden sich Datensätze bei Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern oder sie wurden von den Finanzbehörden noch nicht abgefordert. Um die Datensätze einheitlich zum Zwecke der Veröffentlichung beizubringen, wäre zusätzlicher Organisationsaufwand für die kommunalen Unternehmen gefordert, der jedoch rechtlich nicht zwingend ist. Zudem wäre weiterhin und unverändert in jedem Einzelfall zu prüfen, ob schützenswerte Daten von beschäftigten und anderen Personen betroffen sind. Der Petition ist nicht zu entnehmen, welcher Zweck mit der gewünschten Veröffentlichung verfolgt wird, der den zusätzlichen Aufwand rechtfertigen könnte. Transparenz wird vom Kreistag positiv bewertet. Es müsste jedoch ein deutlicher Mehrwert an Transparenz mit der Veröffentlichung der XBRL- Datensätze verbunden sein. Dieser ist nicht erkennbar und wird von den Petenten auch nicht dargestellt. Eine Veröffentlichung der Veröffentlichung wegen sieht der Kreistag nicht als geboten an.

Bereits aus diesem Grunde ist die Umsetzung der Anregung der Petentin eher als unverhältnismäßig und nicht zielführend anzusehen.

Maßgeblich ist, dass für die kommunalen Unternehmen des Landkreises keine rechtliche Pflicht besteht, Steuererklärungen überhaupt oder die „E-Bilanz“ in einem bestimmten Format oder speziell dem XBRL-Format zu veröffentlichen. (...)

Die kommunalen Gesellschaften kommen den Veröffentlichungspflichten auch tatsächlich und regelmäßig nach. Sie sind im Bundesanzeiger und nachgelagert in den jährlichen Beteiligungsberichten des Landkreises nachlesbar.

Zu b)

Wie bereits von der Petentin selbst angesprochen, würde die Veröffentlichung des Haushaltes und der Rechnungsabschlüsse des Landkreises im XBRL-Format eine ergänzende Taxonomie erforderlich machen. Diese steht im Landkreis nicht zur Verfügung und müsste erst entwickelt werden. Eine Kostenschätzung dafür steht zwar aus. Es ist aber mit nicht unerheblichen zusätzlichen Aufwendungen zu rechnen. Diese sind dem Grundsatz der sparsamen Mittelverwendung folgend als unverhältnismäßig anzusehen. Die Veröffentlichung des Haushaltes und der Rechnungsabschlüsse des Landkreises im XBRL-Format stellen keine rechtliche Verpflichtung dar.

Der Landkreis veröffentlicht seine Haushaltspläne sowie Jahresabschlüsse auf seiner Internetseite und im Bürgerinformationssystem. Diese sind von interessierten Bürgerinnen und Bürgern jederzeit und ohne Mühe einsehbar.“ *(Auszug aus dem Sachverhalt der Beschlussvorlage)*

Der Kreistag schloss sich auch hier der Empfehlung zur Ablehnung der Petition einstimmig, bei einer Enthaltung, an. DIE LINKE war ebenso geschlossen gegen die Petition. Die Details zu diesem Beratungspunkt finden sich [hier](#).

---

## Jahresabschluss 2017 – Eigenbetrieb Rettungsdienst

► Auch in diesem Jahr stand für den Kreistag wieder die Beschlussfassung zum Jahresabschluss unseres Rettungsdienstes in Teltow-Fläming auf der Tagesordnung.

Die Zustimmung des Kreistages erfolgte einstimmig. Die Details finden Sie in der [Vorlage](#).

---

## Entlastung des Werkleiters Eigenbetrieb Rettungsdienst

► Ebenso wie über den Jahresabschluss war auch für das Jahr 2017 nun durch den Kreistag über die Entlastung der Landrätin sowie der Werkleitung des Rettungsdienstes Teltow-Fläming zu befinden.

Der Kreistag beschloss auch diese [Vorlage](#) einstimmig.

---

## Dringlichkeitsvorlage: Neubestellung Aufsichtsratsmitglied SWFG GmbH

► Wie eingangs mitgeteilt, hat der Kreistagsabgeordnete Steinhausen die CDU-Fraktion verlassen. Daher hat die CDU-Fraktion nun von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ihren Aufsichtsratssitz in der SWFG GmbH, den bis dahin Herr Steinhausen innehatte, neu zu besetzen. Danny Eichelbaum wird diese Aufgabe nun wahrnehmen.

Da der Fraktionsaustritt von Herrn Steinhausen erst am 18. September erklärt wurde, war eine Befassung mit diesem Thema in der aktuellen Kreistagsitzung nur noch als Dringlichkeitsvorlage möglich.

Die Zustimmung des Kreistages zur Neubesetzung erfolgte bei zwei Enthaltungen einstimmig.

---

## Dringlichkeitsvorlage: Neubestellung Aufsichtsratsmitglied Verkehrsgesellschaft

► Die gleiche Begründung, sowohl zur Dringlichkeit wie auch zum Anlass, findet sich bei diesem Beratungspunkt. Das Mandat der CDU-Fraktion im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF) wird nun durch Herrn Michael Wolny ausgeübt.

Die Zustimmung des Kreistages erfolgte, bei erneut zwei Enthaltungen, einstimmig.

## Dokumente – Anfragen & Anträge aus unserer Fraktion

► Zu dieser Sitzung des Kreistages gab es von unserer Fraktion keine Anfragen.

► Antrag: [Verbesserung des Regionalverkehrs RE 5 für die Menschen im Osten des Landkreises Teltow-Fläming](#)

Der Antrag der CDU-Fraktion und unserer Fraktion signalisiert Unterstützung für das Anliegen der Bürgermeister von Dahmetal und Dahme sowie der Verwaltungsspitze des Amts Dahme und der BürgerInnen der Initiative: Bessere Infrastruktur für Dahme und Umgebung, den Regionalverkehr auf der Dresdner Bahn substantiell zu verbessern. Darunter zählt ein Stundentakt der RE5 Züge sowie eine Verkürzung der Reisezeiten speziell nach Berlin. Die Landesregierung wird aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Dem Antrag folgte der Kreistag mit drei Enthaltungen einstimmig.

## Termine

- **26.09.**, 17 Uhr: Jugendhilfeausschuss, Kreishaus, Luckenwalde
- **27.09.**, 17 Uhr: Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport, Volkshochschule, Luckenwalde
- **02.10.**, 17 Uhr: Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung, Kreishaus, Luckenwalde
- **04.10.**, 17 Uhr: Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, Kreishaus, Luckenwalde
- **15.10.**, 17 Uhr: Ausschuss für Gesundheit und Soziales, Kreishaus, Luckenwalde
- **15.10.**, 18 Uhr: Sitzung der Fraktion DIE LINKE., Kreishaus, Luckenwalde
- **17.10.**, 17 Uhr: Ausschuss für Wirtschaft, Kreishaus, Luckenwalde
- **22.10.**, 17 Uhr: Sitzung des Kreistages, Kreishaus, Luckenwalde

### Impressum:

Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming  
Fraktion DIE LINKE.

Zinnaer Straße 36, 14943 Luckenwalde

Telefon: 03371 – 63 22 67

Telefax: 03371 – 63 69 36

E-Mail: [kreistagsfraktion@dielinke-teltow-flaeming.de](mailto:kreistagsfraktion@dielinke-teltow-flaeming.de)

V.i.S.d.P.: Felix Thier, Mitglied des Kreistages,  
stellv. Fraktionsvorsitzender



facebook



**DIE LINKE.**  
Fraktion im Kreistag Teltow-Fläming